

## 2. Gendarstellung zur Fraktionsneubildung

In der Begründung zum Ausschlussverfahren heißt es:

### I. Fraktion

Nachdem im Herbst Dr. Johannes Verbeek die LINKSFRAKTION im Trierer Stadtrat platzen ließ, gab es dezidierte Bestrebungen seitens des Kreisvorstandes DIE LINKE. Trier-Saarburg, die Fraktion wieder zusammenzuführen. Dies gelang unter anderem durch eine von Katrin Werner ausgearbeiteten Geschäftsordnung. Nachdem Katrin Werner die LINKSFRAKTION im März 2010 in Rücksprache mit dem Ortsverband verließ, wurden beide Stadträte (Katrin Werner und Johannes Verbeek), die von der LINKEN in den Stadtrat entsandt wurden, vom SprecherInnenrat von DIE LINKE. OV Trier aufgefordert, wieder eine Fraktion zu bilden. (ANLAGE 1) Katrin Werner kam der Forderung am 10.05.'10 nach und erklärte ihre Bereitschaft zur Kooperation. Dr. Johannes Verbeek verweigerte auf sich der Aufforderung des SprecherInnenrates. Stattdessen erklärte er gegenüber der Presse, dass es für eine Fraktion im Trierer Stadtrat an „Kooperation, Anwesenheit, Kommunikation und Verlässlichkeit“ (ANLAGE 2) mangle. Gleichzeitig gab er den Brief, der parteiintern gewesen ist, an die Presse raus. So, dass eine parteiinterne Aufforderung wieder öffentlich ausgetragen wurde (ANLAGE 3). Am 31. Mai verstrich die Aufforderung, ohne dass ihr Dr. Johannes Verbeek nachkam.

Dr. Johannes Verbeek verweigert seit dem 10.05.'10 die Unterschrift zu einer gemeinsamen Fraktionsgründung. Jeden Appell zur gemeinsamen Fraktionfindung auf Vorstandssitzungen führt er zur Eskalation. Statt einer vorgeschlagenen Einigung auf Grundlage der ehemaligen Geschäftsordnung formulierte Johannes Verbeek eine Stellungnahme, in der Katrin Werner bis September beweisen sollte, dass sie kommunalpolitisch aktiv sei. Erst dann werde er es sich überlegen, wieder eine Fraktion mit Katrin Werner zu bilden. Auch diese parteiinterne Kommunikation wurde seitens Dr. Johannes Verbeek medienwirksam in die Öffentlichkeit getragen. Dr. Johannes Verbeek nimmt den Schaden, den die LINKE dadurch erfährt in Kauf, inbegriffen den Verlust von drei Aufsichtsratssitzen und Fraktionsgeldern.

Am 10. Juni schrieb der Genosse und Verantwortliche für Parteaufbau-West des Parteivorstandes Ulrich Maurer Dr. Johannes Verbeek einen Brief, indem er Dr. Johannes Verbeek zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion mit Katrin Werner bis zum 30.06.2010 aufforderte. Dr. Johannes Verbeek kam auch dieser Aufforderung nicht nach (ANLAGE 4).

Die Darstellung der Antragsteller/innen zu den Ereignissen um den Fraktionsbruch von Katrin Werner am 8. März 2010 und zu der Fraktionsneubildung, entspricht nicht den Fakten.

Zum besseren Verständnis der Gesamtsituation sei der Gegendarstellung in Punkt 2.1. vorangestellt, dass Katrin Werner, ebenso wie die Ausschussmitglieder – von denen Andersen Antragsstellerin ist – bereits lange vor dem Fraktionsbruch den Fraktionsvertrag nicht eingehalten hatten. Dann erfolgt eine Gegendarstellung, die am Text der Antragsbegründung orientiert ist (2.2). Die in der bisherigen OV-Arbeit und auch im Antragsschreiben wiederholte Falschauslegung von Landessatzung und Fraktionsvertrag wird im letzten Punkt 2.3 erneut dargelegt. In letzter Konsequenz sind alle Versäumnisse, die mir unterstellt werden obsolet, weil die Rolle des OV's im Fraktionskonflikt nicht die ist, die die Antragsteller/innen und auch die KV-Spitzen Werner und Gleißner in die Landessatzung hineininterpretieren.

## 2.1. Ereignisse vor und nach dem Fraktionsaustritt von Werner

### Nicht-Einhalten des Fraktionsvertrags seit September 2009

Die Geschäftsordnung und der Fraktionsvertrag vom 4.9.2009 wurden von meiner Stadtratskollegin Katrin Werner (MdB) sowie von unseren Vertreter/innen der Ausschüsse von Beginn der gemeinsamen Fraktion an nicht eingehalten. Katrin Werner hat an den wöchentlichen Fraktionssitzungen seit September 2009 nur in wenigen Fällen und dann zeitlich begrenzt, seit Ende des Jahres 2009 überhaupt nicht mehr teilgenommen. Weder zu Zeiten der Fraktion noch heute weiß ich nicht einmal um ihre Anwesenheit oder Abwesenheit in Trier. Sie informiert mich nicht über ihre Dezerenate und spricht ihr Abstimmungsverhalten von sich aus mit mir nicht ab. Insgesamt wurde die innerparteiliche Kommunikation mit mir einseitig von ihr abgebrochen, wie weiter unten unter Punkt 4.1. ausführlich dargelegt wird.

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE – namentlich Gleißner, Andersen, bis April Kanty - berichten seit September 2009 in den meisten Fällen nicht unaufgefordert über die Ergebnisse in Ausschüssen und Gremien und koordinieren ihre politische Aufgabe nicht mit mir als Stadtrat, wie es der Fraktionsvertrag vorsieht. Auch nach Bitten und Aufforderungen meinerseits tun sie dies nur widerwillig und mit Ausreden. Insgesamt mangelte es vollkommen an Verlässlichkeit, wie beispielhaft die E-Mails zeigen: Die Unterzeichnende Linde Andersen unterbrach z.B. im Februar 2010 ihre laut Fraktionsvertrag festgelegte Informationspflicht über ihre Arbeit in zwei Ausschüssen aufgrund eines „Vertrauensbruchs“ mit beiden Stadträt/inn/en. Dies ist ihr im Mai übrigens auch eine Erklärung für die Aufgabe ihrer Mitarbeit in der AG DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier. Konstantin Kanty, bis zu seinem Parteiaustritt Vertreter im Schulträgerausschuss und Stadtverbandsvorsitzender, versuchte mir ernsthaft nachzuweisen, dass er mir als Stadtrat offiziell nicht mitteilen darf, was in den Ausschüssen besprochen wurde! Gleißner entzieht sich der Kooperation mit mir durch permanente Ausreden.

Nach dem Fraktionsaustritt von Werner, tagte der Landesvorstand in einer Krisensitzung. Er verabschiedete folgenden Beschluss in Bezug auf Fraktionen:

3. Unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger haben ihre politische Arbeit in ihren jeweiligen Fraktionen jederzeit und immer in gemeinsamer Solidarität zu organisieren und durchzuführen. Wir erwarten, dass etwaige Konflikte nicht über externe Medien ausgetragen sondern solidarisch intern gelöst werden. Weiterhin erwartet unsere Partei von ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, dass sie immer dann, wenn sie im Ausnahmefall eine weitere solidarische Fraktionsarbeit erheblich gefährdet oder dauerhaft unmöglich sehen, zuerst alle denkbaren Schritte unternehmen, diese Probleme solidarisch auch mit der Partei und ihren Gliederungen zu lösen.

4. Wenn für Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger dennoch ein Fraktionsaustritt unvermeidbar erscheint, erwartet die Partei, dass diese das Mandat zurückgeben, damit rechtmäßige Nachrückerinnen und Nachrücker das jeweilige Amt für die Partei antreten und den Wählerauftrag erfüllen können.

Vor dem Hintergrund des LaVo-Beschlusses vom 13.3. 2010 wurde von Katrin Werner

#### [Beleg 2.1.1](#)

Geschäftsordnung vom 4.9.2010, vor allem §4

#### [Beleg 2.1.2.](#)

Fraktionsvereinbarung

Handschriftliche Protokolle Fraktionssitzungen (können vorgelegt werden), Bestätigung durch Karl-Georg Schroll, der als Genosse die Stadtratssitzungen inhaltlich mit mir vorbereitete

#### [Beleg 2.1.3.](#)

Mein Fraktionsbericht vom Januar 2010 mit Fazit nach der OVSitzung

#### [Beleg 2.1.4.](#)

E-Mail von Linde Andersen vom 28.2.2010

#### [Beleg 2.1.5.](#)

E-Mail von Konstantin Kanty vom 18. 1. 2010

#### [Beleg 2.1.5a](#)

E-Mail von Marc-Bernhard Gleißner vom 18.1.2010 (Beispiel)

#### [Beleg 2.1.5b](#)

E-Mail vom 5.6.2010 zur Aufündigung der Mitarbeit in der AG DIE-LINKE-stadtpolitik-trier.de

#### [Beleg 2.1.6.](#)

Beschluss LaVo

ein Verzicht auf ihr Mandat erwartet. Sie entschied sich aber nicht dafür, ihr Mandat – nach dem Verzicht von Konstantin Kanty - an Linde Andersen abzugeben, sondern für den Versuch, ihre Entscheidung ohne Begründung rückgängig machen zu können. Fortan wurde versucht, mit Hilfe des OV's die Verhältnisse so darzustellen, dass ich der „Buhmann“ für die Fraktions-situation wurde, was sich unten belegen lässt.

[Beleg 2.1.6a](#)  
TV-Artikel vom  
14.3.2010

[Beleg 2.1.7.](#)  
TV-Artikel vom  
16.3.2010

Ich selbst war in der Tat nicht gewillt, dieser Entscheidung einer Fraktionswiederaufnahme ohne Konfliktklärung oder zumindest ohne gemeinsame Arbeitstreffen einzuwilligen. Ich kann nicht eine Unterschrift tätigen und mit einer Person eine Fraktion wieder eingehen, die nicht mit mir spricht und ihr Verhalten mir gegenüber nicht erklärt. Die Rufschädigung war schon immens gewesen und ich erlebte Werner – weil Begründungen nicht kommunizierend, emotional oder machtpolitisch entscheidend - als wenig verlässlich. Ich wollte nicht einfach einzuwilligen, ohne eine gewisse Verbindlichkeit von ihr zu erfahren. Wer garantierte mir, dass sie beim nächsten Konflikt nicht wieder die Reißleine zieht, statt zu diskutieren? Ihre Begründung gegenüber der Presse stellte ein grundlegend unterschiedliches Politikverständnis zwischen ihr und mir in den öffentlichen Raum, das nicht ohne Gesichtsverlust eine neue Fraktion eingegangen werden konnte. Zudem war Katrin Werner bis zum Frühjahr 2010 als Mandatsträgerin in Trier abwesend, so dass rein zeitlich und organisatorisch eine Zusammenarbeit nicht vorstellbar war.

Deshalb stellte ich an die Fraktionsneubildung normale Anforderungen, die sich in keiner Weise von denen unterschieden, die bereits seit September 2009 im Fraktionsvertrag vereinbart worden waren. Dazu habe ich eine formale Zusammenarbeit mit ihr über eine intensive E-Mail-Ansprache aufrechterhalten, auf die sie allerdings nicht reagiert! Zudem habe ich verschiedene Gesprächsangebote gemacht, auf die sie ebenfalls nicht reagiert. Dazu findet sich unten eine ausführliche Darstellung.

[siehe Beleg 2.1.1](#)  
Fraktionsvertrag und  
Geschäftsordnung vom  
4.9.2010, vor allem §4

## 2.2. Gegendarstellung am Text der Antragsteller/innen

### I. Fraktion

Nachdem im Herbst Dr. Johannes Verbeek die LINKSFRAKTION im Trierer Stadtrat platzen ließ, gab es dezidierte Bestrebungen seitens des Kreisvorstandes DIE LINKE, Trier-Saarburg, die Fraktion wieder zusammenzuführen. Dies gelang unter anderem durch eine von Katrin Werner ausgearbeiteten Geschäftsordnung. Nachdem Katrin Werner die LINKSFRAKTION im März 2010 in Rücksprache mit dem Ortsverband verließ, wurden beide Stadträte (Katrin Werner und Johannes Verbeek), die von der LINKEN in den Stadtrat entsandt wurden, vom SprecherInnenrat von DIE LINKE, OV Trier aufgefordert, wieder eine Fraktion zu bilden. (ANLAGE 1) Katrin Werner kam der Forderung am 10.05.'10 nach und erklärte ihre Bereitschaft zur Kooperation. Dr. Johannes Verbeek verweigerte auf sich der Aufforderung des SprecherInnenrates. Stattdessen erklärte er gegenüber der Presse, dass es für eine Fraktion im Trierer Stadtrat an „Kooperation, Anwesenheit, Kommunikation und Verlässlichkeit“ (ANLAGE 2) mangle. Gleichzeitig gab er den Brief, der parteiintern gewesen ist, an die Presse raus. So, dass eine parteiinterne Aufforderung wieder öffentlich ausgetragen wurde (ANLAGE 3). Am 31. Mai verstrich die Aufforderung, ohne dass ihr Dr. Johannes Verbeek nachkam.

Dr. Johannes Verbeek verweigert seit dem 10.05.'10 die Unterschrift zu einer gemeinsamen Fraktionsgründung. Jeden Appell zur gemeinsamen Fraktionsfindung auf Vorstandssitzungen führt er zur Eskalation. Statt einer vorgeschlagenen Einigung auf Grundlage der ehemaligen Geschäftsordnung formulierte Johannes Verbeek eine Stellungnahme, in der Katrin Werner bis September beweisen solle, dass sie kommunalpolitisch aktiv sei. Erst dann werde er es sich überlegen, wieder eine Fraktion mit Katrin Werner zu bilden. Auch diese parteiinterne Kommunikation wurde seitens Dr. Johannes Verbeek medienwirksam in die Öffentlichkeit

getragen. Dr. Johannes Verbeek nimmt den Schaden, den die LINKE dadurch erfährt in Kauf, inbegriffen den Verlust von drei Aufsichtsratssitzen und Fraktionsgeldern.

Am 10. Juni schrieb der Genosse und Verantwortliche für Parteaufbau-West des Parteivorstandes Ulrich Maurer Dr. Johannes Verbeek einen Brief, indem er Dr. Johannes Verbeek zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion mit Katrin Werner bis zum 30.06.2010 aufforderte. Dr. Johannes Verbeek kam auch dieser Aufforderung nicht nach (ANLAGE 4).

### **Die Aussage ab Zeile 5 ist falsch: *Katrin Werner habe die Fraktion in Rücksprache mit dem Ortsverband verlassen.***

Die Darstellung des Fraktionsaustritts von Werner wird in der Anklageschrift als überlegte und mit dem Ortsverband abgestimmte Entscheidung dargestellt. Für den Austritt aus der Linksfraktion *in Rücksprache mit dem Ortsverband* könnte nur ein Protokoll einen Nachweis erbringen. Dort heißt es aber, dass ihre Entscheidung eine persönliche war, die von vier Personen aus dem „Sprecherkreis“ ohne Begründung befürwortet wurde, nicht aber von dem „Ortsverband“ (sic!):

„Katrin entschließt sich dazu, die Fraktion im Stadtrat aufzukündigen, da, ihrer Ansicht nach, keine konstruktive Arbeit mehr mit Johannes möglich ist.  
Nachfolgend werden die BürgerInnen-Mitglieder von Ausschüssen befragt. Dies sind Andre-

[Beleg 2.2.1.](#)  
OV- Protokoll 21.1.2010  
von Konstantin Kanty

as H., Marc-Bernhard, Linde und Konni, welche es befürworten, dass die Fraktion seitens Katrin aufgekündigt wird, da keine Zusammenarbeit mehr mit Johannes möglich sei.“

Zum Ablauf sei Folgendes vermerkt: In der OV-Sitzung im Januar trug ich als Fraktionsvorsitzender als Gesprächsgrundlage einen Bericht über den bisherigen Verlauf der Kooperation innerhalb der Fraktion vor. Probleme der Kooperation, die sich vor allem auf die Nicht-Einhaltung des Fraktionsvertrags bezogen, wurden dabei nicht ausgespart. Ein für mich sachlich abgefasster, aber kritischer Bericht, der als Beleg beiliegt und als Gesprächsgrundlage dienen sollte, löste leider keine sachliche Diskussion aus.

In der Raucherpause (!) der Ortsverbandssitzung sprach sich Katrin Werner dann mit einem Teil des OV-Vorstandes und unter explizitem Ausschluss der Ortsverbandsmitglieder Kudnig, Schroll und mir als ihrem KV-Mit-Vorsitzenden und ihrem Fraktionskollegen emotional erregt für eine Fraktionsaufkündigung aus, die sie dann allerdings zwei Monate lang nicht umsetzte.

(Mein kritischer Fraktionsbericht wurde wenige Wochen später auch auf einer LaVo-Sitzung in Mainz den anwesenden LaVo-Mitgliedern vorgetragen, um sie über die schwierige Kooperation in Trier in Kenntnis zu setzen.)

In der Darstellung der Antragssteller/innen wird ausgeklammert, was oben bereits dargestellt wurde: Vor dem Hintergrund des LaVo-Beschlusses vom 13.3. 2010 wurde von Katrin Werner ein Verzicht auf ihr Mandat erwartet. Dort heißt es nämlich:

4. Wenn für Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger dennoch ein Fraktionsaustritt unvermeidbar erscheint, erwartet die Partei, dass diese das Mandat zurückgeben, damit rechtmäßige Nachrückerinnen und Nachrücker das jeweilige Amt für die Partei antreten und den Wählerauftrag erfüllen können.

Sie entschied sich aber nicht dafür, ihr Mandat – nach dem Verzicht von Konstantin Kanty - an Linde Andersen abzugeben, sondern für den Versuch, ihre Entscheidung des Fraktionsaustritts rückgängig zu machen. Fortan wurde versucht, mit Hilfe des OVs die Verhältnisse so darzustellen, dass ich der „Buhmann“ für die Fraktionsituation wurde, die sie aufgekündigt hatte.

**Die Aussage ab Zeile 9 ist eine Behauptung ohne Belege: Katrin Werner sei der Forderung des OV am 10.5.2010 nachgekommen und habe ihre Bereitschaft zur Kooperation erklärt.**

Es mag sein, dass Katrin Werner am 10.5.2010 ihre Bereitschaft zur Kooperation ausdrückte, aus dieser Sitzung wurde ich allerdings unter Vortäuschung einer falschen Tagesordnung als KV-Vorsitzender ausgeschlossen. Dazu unten mehr. Doch zunächst zum Ablauf der Ereignisse.

Katrin Werner hat mir gegenüber seit März 2010 *nie* ihre Bereitschaft zur Kooperation erklärt oder gezeigt! Die Bereitschaft wurde entweder über die Presse oder über den OV vermittelt, nie von ihr direkt. Möglichen Äußerungen folgten auch bis

[Siehe Beleg 2.1.3.](#)  
Fraktionsbericht  
Johannes Verbeek

[Siehe Beleg 2.1.6.](#)  
Beschluss LaVo

heute keine Taten.

Schriftlich liegt mir von Katrin Werner bis heute zur Fraktionsfrage nur eine einzeilige Nachricht mit folgendem Wortlaut vor:

Hallo Johannes,  
hiermit gebe ich Dir bekannt, dass ich heute, am 08.03., aus der LINKSFRAKTION ausgetreten bin.  
Mit freundlichen Grüßen  
Katrin

Innerparteilich hat Katrin Werner mir ihren Fraktionsaustritt trotz zahlreicher Nachfragen meinerseits nicht begründet. Im TV lese ich dann ihre allgemeinen Gründe. Dort heißt es:

Ein bisschen ratlos wirkt Frau Werner schon. „Mangelnde Kompromissbereitschaft und wenig Respekt gegenüber der Partei“ wirft sie Verbeek vor. Der habe alles an sich gezogen und die Partei „immer wieder auseinanderdriften lassen“. Es habe keinen Sinn, „weiterzufahren auf zwei Schienen, die nicht zueinanderfinden“.

In der einzigen OV-Sitzung bis zum heutigen Zeitpunkt, die am 18. März mitgliederoffen nach dem Fraktionsbruch zustande kam, und in zahlreichen E-Mails bat ich sie um eine Begründung ihres Aus- und Eintritts. Zudem bot ich ihr Übergangsmo-  
delles zur Vertrauensbildung an. Direkt am 21. März schrieb ich sie an:

Hallo Katrin,  
wie der Presse zu entnehmen war, möchtest Du wieder in eine Fraktion eintreten. Offen bleibt für mich bis heute, weshalb Du die Fraktion am 8. März verlassen hast, weil ich dafür keine Begründung erhalten habe. Dein Schreiben vom 8. März nennt keine, in der letzten OV-Sitzung wurden ebenfalls keine genannt. Über Presseberichte wurde der Öffentlichkeit vermittelt, dass unser Politikstil nicht vereinbar sei. Das lässt sich nun nicht so leicht aus dem Weg räumen! Bis heute fehlt mir nicht nur eine Information, sondern auch eine plausible Begründung der plötzlichen Entscheidung wieder in eine neue Fraktion einzutreten. Ich bitte Dich, mir Deine Beweggründe in beiden Punkten schriftlich nachzureichen.

Aus meiner Sicht ist die Fraktionsarbeit daran gescheitert, dass kein Austausch stattfinden konnte, weil Du vor allem die Fraktionssitzungen nicht als Ort des Austausches über kommunalpolitische Inhalte wahrgenommen hast. Die Tiefe der Auseinandersetzung über tagespolitische Ereignisse in Trier, die durch die Anforderungen in den Dezernaten und im Stadtrat notwendig ist, erfordert Zeit und inhaltliche Arbeit. Der OV kann diese Arbeit nicht übernehmen, aber natürlich muss regelmäßig eine Information über die Fraktionsarbeit erfolgen.

Das kommunalpolitische Mandat im Stadtrat erfordert auch die Teilnahme an Stadtratssitzungen, an Dezernatsausschüssen und anderen Gremien zu den festgelegten Zeiten. Ein Fernbleiben und früheres Verlassen widerspricht dem Wählerauftrag. Zusammenarbeit gelingt auch nur in wechselseitiger Kommunikation (face to face, sowie aktiver E-mail-Kommunikation von Deiner Seite). Ein aktuelles Beispiel: Seit drei Wochen habe ich Gelder für die Stadtverwaltung eingestellt, die von Dir wieder nicht freigeschaltet wurden. (Das ist nach Deiner Fraktionsaufkündigung nun auch nicht mehr nötig!) Die seit Anfang anstehende Rechenschaftsbericht für die Verwaltung konnte nicht erledigt werden, weil Du über Deine Finanzen nicht informiert hast und wir beide unterschreiben müssen. Die Verwaltung übernimmt nun den Part, den Du leider nicht geleistet hast.

Damit eine neue Fraktion gegründet werden kann, zu der es auch meiner

[Beleg 2.2.2](#)  
Mail zum Fraktionsaustritt am 8.3.2010

Beispiel für die Verlagerung von eigentlich innerparteilicher Kommunikationsinhalte in die Öffentlichkeit:  
[Beleg 2.2.3](#)  
Gründe für Fraktionsaustritt vermittelt im TV am 8.3.2010

[Beleg 2.2.4](#)  
Unbeantwortete E-Mail vom 21.3.2010 an Werner (Beispiel)

Zustimmung bedarf, schlage ich vor, dass Du nach den Osterferien ab dem 12. April die Verpflichtungen einhältst, die der Wähler erwartet und die wir bereits im Fraktionsvertrag seit letzten Herbst vereinbart haben.

(Für mich waren diese bislang immer verbindlich.)

- Wir treffen uns wöchentlich 17-20h zu einer Arbeitssitzung im Postillon (später: Fraktionssitzung), da wir kein Fraktionsbüro mehr haben. Zwischen 17 und 18h findet ein Austausch nur zwischen uns beiden statt. An der Sitzung werden ab 18.00h auch kommunalpolitisch Interessierte teilnehmen.
- Ich bitte Dich, dem Wählerauftrag durch Deine Anwesenheit in Rat, Ausschüssen und Gremien zu erfüllen.
- Ich bitte Dich, mich über Deine kommunalpolitischen Aktivitäten und Deine Arbeitsergebnisse (Anfragen, Anträge, Positionen) aus den Dezeranten und den Ausschüssen zu informieren und einen kontinuierlichen Austausch mit mir zu führen.

Wenn dann nach einem gewissen Zeitraum der gemeinsamen Arbeit die Voraussetzungen für eine wirklich tragfähige Fraktionsbildung gegeben sind, werden wir dann auch über die Neubesetzung der Ausschüsse nach Kompetenzkriterien neu beraten. Es haben sich zwischenzeitlich - bedingt auch durch die Berichterstattung über Deine Aufkündigung der Fraktion - eine Reihe von Personen gemeldet, die an einer inhaltlichen und kontinuierlichen kommunalpolitischen Arbeit teilnehmen möchten. U.a. ein Bewerber für das Dezernat II im letzten Herbst! Wichtig wird dann auch die Trennung zwischen von Dir bezahlten Arbeitskräften für den Aufbau des Wahlkreises und den Fraktionsmitarbeitern, damit keine Loyalitätskonflikte entstehen.

Bitte antworte mir auf diese E-Mail noch bis zum Donnerstag, den 25. 3., weil ich danach in Urlaub fahre.

Eine Kopie verschicke ich an die Landesvorsitzenden und an Ulrich Maurer zur Information.

mfg  
Johannes

Ich bot Katrin Werner also schon in diesem Schreiben vom 21. März 2010 eine Teilnahme an einem Arbeitskreis an. Sie antwortete nie.

Da ich einen im Juni angesetzten Termin mit Ulrich Maurer nicht einhalten konnte habe ich stattdessen angeboten, im Juli auf eigene Kosten nach Berlin zu kommen. Im Juli wiederum schien mir vor dem Hintergrund der Ereignisse eine professionelle Mediation der beste Weg für eine Fraktionsneubildung.

Mein Kommunikationsweg war in der Frage der Fraktionsbildung immer der direkte Kontakt mit Katrin Werner, wobei ich ab Februar 2010 auch den Landesvorstand und Ulrich Maurer immer mit informierte.

Alle E-Mails an sie blieben unbeantwortet. Seit ca. Januar 2010 hat Katrin Werner den interparteilichen Dialog mit mir abgebrochen, was an anderer Stelle ausführlich dargestellt wird (vgl. unten 4.1 und 4.4).

Diese Gesprächsangebote zur Fraktionsbildung sind den Antragstellenden entweder verborgen geblieben. Denkbar ist auch, dass sie es fälschlich als Aufgabe des OVs ansahen, die Fraktionsfrage zu klären und andere Lösungsversuche deshalb nicht wahrnehmen können.

[Beleg 2.2.5](#)  
Zusammenfassender  
Brief aller Gesprächs-  
angebote vom 17. 7  
2010

In der Sitzung vom 10. 5 2010, in der Katrin Werner anscheinend ihre Bereitschaft erklärt hat, wie es in der Anklageschrift heißt, waren meine Frau, der Genosse Schroll und ich anwesend, wurden allerdings der Räumlichkeiten verwiesen, weil die Sitzung für geschlossen erklärt worden war. Drei Stunden vor der Sitzung verschickte Katrin Werner eine E-Mail:

„ ... heute Abend ist eine geschlossene Klausur/Arbeitssitzung des Ortsvorstandes, da es um Personalien geht, die sich auch durch den Austritt von Konni ergeben.“

Ich sollte also an dieser OV-Sitzung nicht teilnehmen, obgleich ich zu diesem Zeitpunkt noch KV-Vorsitzender war, der OV mir also rechenschaftspflichtig war und zudem eine „Personalie“ verhandelt wurde, die mich betraf! Verhandelt wurde nämlich ein Beschluss über die Fraktion, der mir am 12.5. dann nur übermittelt wurde. Zwischenzeitlich – nämlich am späten Abend des 11.5. 2010 war ich aufgrund dieser zunehmend absurden Ereignisse allerdings schon als KV-Vorsitzender zurückgetreten.

**Die Aussagen ab Zeile 9 verdrehen die Tatsachen: *Ich verweigerte mich der Aufforderung des SprecherInnenrats.***

Ich habe den Beschluss des OV nicht akzeptiert, weil er satzungswidrig erfolgte und weil der SprecherInnenrat keine Beschlüsse gegen mich fassen kann.

Gemäß §6 Abschnitt 2c der Landessatzung bin ich als Mandatsträger anzuhören, wenn es um Entscheidungen geht, die mich betreffen. Dies ist in der Sitzung vom 10. Mai 2010 nicht erfolgt. Stattdessen wurde ich als Kreisvorsitzender mit zwei Genossen kurzfristig unter falschem Bezug auf den § 28 der Bundessatzung ausgeschlossen.

Ich durfte also nicht hören, dass Frau Werner im OV am 10.5. 2010 ihre Bereitschaft zur Kooperation erklärte, wie es im Text heißt, weil sie mich dann um 20.00h zu Beginn der Sitzung als Hausherrin des Wahlkreisbüros verwies.

Der OV-Vorsitzende Wölfel wurde von mir darüber informiert, dass der Beschluss m. E. satzungswidrig zustande kam (Beleg 2.2.9). Er antwortete nicht. Ob er den OV-Vorstand über die schriftliche Mitteilung meinerseits in Kenntnis setzte und die Antragssteller/innen Herbst und Andersen (beide OV-Vorstand) davon wissen, ist mir nicht bekannt. Dieser Brief liegt auch der Landesschiedsstelle vor, die bislang nur den Erhalt bestätigte.

**Die Aussage in Zeile 17 ist falsch: *Jeden Appell zur gemeinsamen Fraktionsfindung auf Vorstandssitzungen ...***

Für Appelle zur gemeinsamen Fraktionsfindung „auf Vorstandssitzungen“ (Plural!) müssten Protokolle Aufschluss geben, tun sie aber nicht.

De facto gab es nach dem Fraktionsbruch von Katrin Werner nur eine einzige Ortsvorstandssitzung am 18. März, zu der ich aufgrund eines Ausschusstermins verspätet eintraf. Ich erfuhr also nach meiner Ankunft, dass es eine Aufforderung des OVs

[Beleg 2.2.6](#)  
E-Mail von Katrin Werner zum Ausschluss von Mitgliedern aus der Sitzung am 10.5.2010

[Beleg 2.2.7.](#)  
Das Protokoll der OV-Sitzung am 10. Mai 2010 wurde vom Vorsitzenden Wölfel trotz Nachfrage am 30.7.2010 nicht zur Verfügung gestellt

[Beleg 2.2.7a](#)  
Pressemitteilung über Rücktritt

[Beleg 2.2.8](#)  
Beschluss des Ortsvorstandes

Zeugenaussagen  
Veronika Verbeek  
und Dr. Karl-Georg Schroll

[Beleg 2.2.9.](#)  
Einspruch Landesschiedsstelle / Unbeantwortete E-Mail an Wölfel (18.5.2010)

Protokoll der OV-Sitzung vom 18. 3 2010 und vom 10. 5. 2010 fehlen. KV-Protokolle fehlen bis auf eine Kreismitgliederversammlung am 20. 2. 2010. Trotz Anfrage beim Schriftführer des alten KV Gleißner wurden sie mir nicht zur Verfügung gestellt.

gäbe, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Dieses Schreiben wurde nicht im OV mitgliederoffen besprochen, sondern muss vor der OV-Sitzung „im Hinterzimmer“ verhandelt worden sein. Diese Aufforderung zur Fraktionsbildung wurde mir vorgelesen, nicht vorgelegt und dann ohne mein Wissen als Pressemitteilung verschickt. Insgesamt war das Presseecho auf diese Vorgehensweise des Ortsvorstands, ohne Kommunikationsstruktur wieder eine Fraktion erzwingen zu wollen, wenig positiv. Der Ortsvorstand widersetzte sich hier der wenige Tage vorher formulierten Aufforderung des Landesvorstandes, in Fragen der Fraktionsbildung nicht an die Presse zu gehen:

Wir erwarten, dass etwaige Konflikte nicht über externe Medien ausgetragen, sondern solidarisch intern gelöst werden. (LaVo-Beschluss vom März 2010)

Seit März 2010 gab es keine mitgliederoffene Vorstandssitzung im OV mehr. Über mögliche Sitzungen in der ersten Aprilwoche wurde ich nicht informiert. Wie bereits erwähnt, wurde die Sitzung im Mai für geschlossen erklärt. Deshalb weiß ich nicht, auf welchen Vorstandssitzungen Appelle ausgesprochen worden wären.

Die Protokolle zur Rekonstruktion der Ereignisse wurden mir vom OV-Vorsitzenden Wölfl und vom Schriftführer des KV's auf Anfrage nicht zur Verfügung gestellt. Seit Januar 2010 habe ich vom Schriftführer Marc-Bernhard Gleißner nur ein Protokoll von der Kreismitgliederversammlung vom 20.2.2010 erhalten, alle anderen fehlen, auch trotz Nachfrage eines weiteren Kreisvorstandsmitglieder. Dieses Fehlverhalten habe ich am 1.6.2010 der Landesschiedsstelle angezeigt, was bisher nicht bearbeitet wurde.

Auch auf keiner KV-Sitzung seit März 2010 war die Fraktionsbildung m.W. Tagesordnungspunkt. Anfragen meiner Frau nach Terminen von OV-Sitzungen im Juni blieben vom OV-Vorsitzenden unbeantwortet.

**Die Aussagen in Zeile 18 seien ergänzt: *Jeden Appell zur gemeinsamen Fraktionsfindung auf Vorstandssitzungen führte(aktiv!) ich zur Eskalation.***

Hier wird so getan, als seien Eskalationen allein auf mich zurückzuführen. Beschimpfungen auf KV-Sitzungen und in der Fraktionsarbeit, die den Charakter von Beleidigungen im juristischen Sinne haben, wurden von Konstantin Kanty, Leo Geiter (KV-Vorstand bis Juni 10) und Andreas Göttlicher (Unterzeichner) getätigt, sind aber nicht polizeilich verfolgt worden oder endeten im Falle von Konstantin Kanty in einem gerichtlichen Vergleich.

Insgesamt ist der interne Kommunikationsstil sehr niveaulos, was nicht vertieft werden soll. Als Beispiel sei hier eine aktuelle E-Mail von Andreas Herbst aufgeführt:

Geht Euch dabei einer ab, wenn ihr eine so eine gequirlte Scheiße von Euch gebt?

Oder am 24.11.2010 über den Webmaster der Landeslinken:

Vollmann hat sich imo aber erledigt – meine Fresse hat der dann eine Scheiße erzählt am Sa, aber nicht un kreativ, das muss man ihm lassen.

[Beleg 2.2.10](#)  
TV-Artikel und Kommentar vom 19.3.2010

[Beleg 2.2.11](#)  
Brief an Landesschiedsstelle / Gleißner vom 1.6.2010

[Beleg 2.2.11a](#)  
Unbeantwortete Anfragen nach Terminen (Beispiel vom 12.5.2010)

Anzeigen können vorgelegt werden

[Beleg 2.2.12](#)  
E-Mail von Andreas Herbst vom 23.7.2010

Schlimmste Beschimpfungen erreichten mich per E-Mail zeitnah immer dann, wenn ich parteiintern per E-Mail Entscheidungen kommunizierte, so dass die Polizei nicht ausschließt, dass eine Reihe von E-Mail-Beschimpfungen auf Mitglieder der LINKEN zurückzuführen seien.

Am 11. Mai 2010, eine halbe Stunde nachdem ich meinen Rücktritt als KV Vorsitzender parteiintern verschickt hatte, erreichte mich z.B. über das Kontaktformular folgender Kommentar:

Du glaubst auch immer noch, dass Pamela Anderson Maria ist, du elender Spasti! Verzieh dich ganz weit weg! Hanno, dich braucht die Welt nicht“.

Wer hinter dem Absender „Katrin Werner“ steht, der nur ein kleines h in der E-Mail-Adresse eingefügt hat, wird von der Polizei derzeit noch ermittelt.

**Die Aussagen ab Zeile 19 verdrehen die Tatsachen: Statt einer Einigung auf der Grundlage der Geschäftsordnung ... formulierte ich neue Forderungen ...**

In der Anklageschrift wird ein Widerspruch entwickelt, der nicht existiert. Die Geschäftsordnung und der Fraktionsvertrag sind in den Begriffen „Kooperation, Anwesenheit, Kommunikation und Verlässlichkeit“ einfach nur anders ausgedrückt! Genau diese vier Haltungen stehen im Vertrag.

Auf der Grundlage des Fraktionsvertrags hatte ich Katrin Werner bereits am 21. März 2010 ein ausführliches Schreiben geschickt– mit Kopie an den Landesvorsitz und an Ulrich Maurer -, das auf die Einhaltung des Fraktionsvertrags als Voraussetzung für eine Fraktionsneubildung hinweist.

Dort heißt es:

Damit eine neue Fraktion gegründet werden kann, zu der es auch meiner Zustimmung bedarf, schlage ich vor, dass Du nach den Osterferien ab dem 12. April die Verpflichtungen einhältst, die der Wähler erwartet und die wir bereits im Fraktionsvertrag seit letzten Herbst vereinbart haben. (...)

Wenn dann nach einem gewissen Zeitraum der gemeinsamen Arbeit die Voraussetzungen für eine wirklich tragfähige Fraktionsbildung gegeben sind, werden wir dann auch über die Neubesetzung der Ausschüsse nach Kompetenzkriterien neu beraten. (...)

Diese E-Mail wurde von Katrin Werner nicht beantwortet. Was eigentlich ein Problem von Katrin Werner ist, nämlich nicht den Fraktionsvertrag einhalten zu können, wird im OV-Beschluss plötzlich mein Problem, was die Antragsteller/innen in der Begründung ihres Parteiausschlussantrag im Sinne Katrin Werners übernehmen und mir vorwerfen!

Alle Anfragen zur Fraktionsbildung seitens Elke Theisinger-Hinkel, die als parteiinterne Moderatorin ihre Hilfe anbot, habe ich kooperierend beantwortet.

**Die Aussage in Zeile 21 bis 23 verdreht die Tatsachen.**

Entgegen der Aussage im Text der Antragsteller/innen, geht der finanzielle Schaden

[Beleg 2.2.13](#)

Text: Worüber nicht geschwiegen werden darf

[Beleg 2.2.14](#)

TV Artikel vom 29.7.2010

[Siehe Beleg 2.2.4.](#)

Unbeantwortete E-Mail vom 21.3.2010 an Werner

[Beleg 2.2.15](#)

Antwort an Elke am 24. Juni 2010 (Beispiele)

und der Verlust von Sitzen in Ausschüssen und Gremien auf die Aufkündigung der Fraktion von Katrin Werner zurück. Zudem ist das Verfolgen eines Parteiausschlussverfahrens eine weitere Schwächung der Partei im Stadtrat, weil – im Falle eines Erfolgs - dann alle Gremienplätze wegfallen. Allein das Vorgehen der Antragsteller/innen, ein Parteiausschlussverfahren gegen mich zu eröffnen, schädigt vergleichbar dem Fraktionsbruch im März 2010 nachhaltig die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN in Trier. (vgl. 8.)

**Zeile 14f und Zeile 23f: Die eingestreuten Hinweise einer „medienwirksamen“ Veröffentlichung von Parteiinterna wird in Punkt 4. Zum Thema Öffentlichkeit dargelegt.**

**Die Aussagen in Zeile 25 verdrehen die Tatsachen: Am 10. Juni habe der Genosse ... Ulrich Maurer einen Brief an Dr. Johannes Verbeek geschrieben ...**

Ich hatte Ulrich Maurer zusammen mit dem Landesvorstand ein halbes Jahr lang über meine Sicht der schwierigen Situation in Trier informiert und um einen Termin gebeten. Einen von ihm dann kurzfristig anberaumten Termin, der nur eine Stunde Gesprächszeit in Ludwigshafen vorsah, konnte ich beruflich bedingt nicht einhalten. Mit meiner Absage – vor dem Gespräch!- erklärte ich direkt meine Bereitschaft, auf eigene Kosten nach Berlin zu reisen. Ansprechpartner für die Terminvereinbarung war Pascal Meiser, ein Mitarbeiter von Ulrich Maurer. Auf dieses Angebot hat niemand geantwortet.

„Hallo Pascal,  
leider kann ich deine Mail erst jetzt beantworten, da ich den ganzen Tag bis nachmittags an der Schule war und nach einer Besprechung erst um 19 Uhr nach Hause gekommen bin. Als ich soeben nach Haus kam, fand ich die beiden Mails vor.  
Hans Domeyer hat mir mitgeteilt, dass er wegen eines Besuches von Christel Rajda morgen verhindert ist. Darüber hinaus befürchte ich, dass die Zeit für das notwendige Gespräch wegen der langen Anreise aus Trier und der Terminlage von Ulrich Maurer knapp werden könnte. Mir liegt aber daran, dass wir arbeitsfähig werden und sobald wie möglich wieder den Fraktionsstatus erreichen. Die dafür notwendigen inhaltlichen und terminlichen Vereinbarungen werden - zumindest denke ich das - nicht in einer Stunde möglich sein.  
Gerne komme ich lieber mal in meinen Ferien und in der sitzungsfreien Zeit nach Berlin. Dann kann auch Alexander Ulrich an dem Termin teilnehmen. Ab dem 12. Juli habe ich für eine Berlinfahrt Zeit. Unabhängig von einem Gespräch stehen in Trier weiterhin vielfältige Möglichkeiten einer Zusammenarbeit offen, würden sie denn wahrgenommen. Wir haben gestern z.B. mit dem AK Linke-Stadtpolitik in Katrins Wahlkreisbüro getagt. Keiner z.Zt. für die Linke in Ausschüssen sitzenden Genossinnen und Genossen war anwesend, auch nicht Katrin Werner. Ich bedanke mich bei allen Genossinnen und Genossen für die Gesprächsbereitschaft. Dich bitte ich, alle Gesprächspartner/innen zu informieren, dass ich morgen an dem Gespräch nicht teilnehmen kann und stattdessen die Alternative anbiete, selbst nach Berlin zu kommen.“

Der Brief von Ulrich Maurer wird von den Antragsteller/innen noch einmal unter *III Parteiinterna erwähnt*. Das sei an dieser Stelle eingeschoben.

[Beleg 2.2.16](#)  
E-Mail an Maurer  
Absage Gespräch am  
1.6.2010

**Der Rückgriff der Antragsteller/innen auf einen persönlichen Brief, der an mich adressiert ist, und im KV Trier-Saarburg nur noch Katrin Werner vorliegt, ist datenschutzrechtlich sehr bedenklich.**

Entweder der Absender oder Katrin Werner muss ihn den Antragsteller/innen zur Verfügung gestellt haben. Die Aussagen über den Brief sind zudem inhaltlich falsch. Dieser Brief zeigt übrigens, dass durch die Ansprache von Katrin Werner von Seiten Ulrichs Maurers klar signalisiert wird, wer in dieser Phase Ansprechpartner/innen für die Fraktionsbildung sind, nämlich nicht der OV! Gegenteiliges behaupten die Antragsteller/innen:

Die Teilnahme an der Berlinfahrt begründet Dr. Johannes Verbeek damit, dass er in Berlin Gespräche mit Katrin Werner und Ulrich Maurer führen wollte. Ulrich Maurer hat jedoch in einem öffentlichen Brief klar gemacht, dass es keine Vermittlungsgespräche mehr geben werde, sondern dass für Dr. Johannes Verbeek nur noch das Votum des OVs gelte, eine Fraktion mit Katrin Werner zu bilden. In dem Bericht auf seiner Homepage stellt er den Sachverhalt jedoch so dar, dass er aktiv ausgegrenzt werde, und schädigt so das Bild der Partei vor Ort.

Mir ist nur ein privater, an mich – mit Kopie an Katrin Werner - gerichteter Brief von Ulrich Maurer bekannt. Dieser Brief war nicht öffentlich! Ulrich Maurer spricht von einer Option: Er werde – falls es keine Einigung unter der Moderation von Elke Theisinger-Hinkel gebe - öffentlich kund tun, dass der Ortsverband entscheiden solle, wer der offizielle Vertreter der LINKEN im Trierer Stadtrat sei.

Diese Konstruktion, einen Termin zu setzen, ohne eine weitere Kommunikation einzufordern, habe ich nicht als vermittelnd, sondern als sehr autoritär erlebt. Ich erwartete auch, dass Ulrich Maurer mein Angebot, nach Berlin zu kommen, nicht einfach ignorierte, und stattdessen schrieb, ich hätte kein Interesse an einer Problemlösung! Mit keinem Wort spricht Ulrich Maurer davon, dass es prinzipiell keine Gespräche mehr geben solle, wie von den Antragsteller/innen behauptet wird.

Ab diesem Zeitpunkt war mir allerdings klar, dass parteiinterne Kommunikationshelfer die Situation zwischen Katrin Werner und mir nicht lösen können, was dazu führte, dass ich ihr – mit Kopie an Elke Theisinger-Hinkel und an Ulrich Maurer - ein Mediationsangebot zur Konfliktklärung machte.

Dazu unten mehr. Nun weiter im Fließtext im Begründungsschreiben unter 2. *Fraktion*.

[Beleg 2.2.17](#)  
Brief von Ulrich Maurer vom 10.6.2010

[Beleg 2.2.18](#)  
Unbeantwortetes Mediationsangebot an Katrin Werner vom 15. Juli 2010

**Die Aussagen in Zeile 27 verdrehen die Tatsachen: Der Forderung von Ulrich Maurer nach einer gemeinsamen Fraktionsbildung bis zum 30.6.2010 sei ich nicht nachgekommen.**

Ich habe in der Tat eine Fraktionsbildung ohne den innerparteilichen Dialog mit Katrin Werner, der mir seit Anfang des Jahres vorenthalten wird, nicht akzeptiert. Das sei mir aus folgenden Gründen zugestanden: Autoritäre Terminvorgaben ohne klärende Gespräche, die Unterstellung im Brief von Maurer, ich sei nicht gesprächsbereit, bloß weil ich durch meine Arbeit an einer Ganztagschule verhindert war, zeugten nicht von einem annähernden Verständnis der Situation in Trier.

Ich habe Elke Theisinger-Hinkel darüber informiert, dass vor dem Hintergrund dieser sich überschlagenden Ereignisse eine Fraktionsbildung bis zum 30. Juni „über den Zaun gebrochen“ wäre. Ich würde mich im September 2010 noch einmal melden.

Zwischenzeitlich vernahm ich über die Presse(!), dass Frau Katrin Werner gesprächsbereit sei. Sie wird am 17. Juli 2010 im Trierischen Volksfreund folgendermaßen zitiert:

„Ich bin jederzeit bereit zu Gesprächen.“

Diesen Satz in der Zeitung zu lesen, verärgerte mich sehr, weil ich seit einem halben Jahr keine Antworten von ihr erhalten hatte, die unsere Kooperation betreffen. Deshalb unterbreitete ich ihr ein drittes Angebot für eine Gesprächsstruktur, ein von uns beiden privat finanziertes Mediationsverfahren. Elke Theisinger-Hinkel war darüber in Kenntnis gesetzt. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Gesprächsangeboten hielt ich ein professionelles Mediationsverfahren für angemessen, was auch die Vermittlung durch eine Mitarbeiterin im Landesvorstand (Elke), die nicht neutral sein konnte, ersetzen sollte.

Über die Presse (!) erfuhr ich dann, dass dieses Gesprächsangebot von Gleißner als „lächerlich“ bezeichnet wurde. Man müsse die Problem im persönlichen Kontakt lösen können.

Weil dies für mich bisher in der Tat kein Problem darstellte, bot ich Katrin Werner in einer weiteren E-Mail am 31.7.2010 ein persönliches Gespräch in einem Cafe an, zumal wir im Stadtteil Trier-Kürenz fast Nachbarn sind. Alle diese Angebote wurden von ihr nicht beantwortet, obgleich sie in Trier war. In dieser Mail heißt es:

Es wäre mir persönlich mittlerweile lieb, wenn es gelingen würde, nicht auf jeden Vorschlag meinerseits immer nur nichts zu hören oder eine Ablehnung.  
In der Hoffnung auf eine Gespräch!

Mfg Johannes

Siehe Beleg 2.2.15  
Unbeantwortete E-Mail  
an Elke Theisinger-  
Hinkel am 24. 6. 2010

Beispiel für die Verlage-  
rung von eigentlich in-  
nerparteilicher Kom-  
munikationsinhalte in  
die Öffentlichkeit:  
Siehe Beleg 2.2.4  
Signalisierung von Ge-  
sprächsbereitschaft  
vermittelt im TV  
12.7.2010

Siehe Beleg 2.2.5  
Zusammenfassender  
Brief aller Gesprächs-  
angebote meinerseits  
am 17. Juli 2010  
„Offener Brief“ auf  
meiner Homepage

Beispiel für die Verlage-  
rung von eigentlich in-  
nerparteilicher Kom-  
munikationsinhalte in  
die Öffentlichkeit:  
Siehe unten Beleg 3.17  
TV-Artikel vom  
30.7.2010

Beleg 2.2.19  
Unbeantwortete E-Mail  
an Katrin Werner am  
31.7.2010

Beleg 2.2.20  
Termine von Katrin  
Werner in Trier auf ih-  
rer Homepage

### 2.3. Fraktionsentscheidungen sind Sache der Fraktion

In den Vorwürfen der Antragssteller/innen und in ihrem Selbstverständnis als OV-Mitglieder liegt ein Missverständnis begründet, das als Motor der Agitation bis zum Parteiausschlussverfahren gegen mich gesehen werden kann: eine notorisch falsche Auslegung der Aufgaben von OV und Fraktion. Katrin Werner und Gleißner proklamieren bis heute - und die Anklageschrift reproduziert diesen Denkfehler - dass der OV Entscheidungen über Fraktionsbelange treffen müsse. Dadurch erklärt sich auch seine selbst auferlegte Verantwortung für eine Fraktionsneubildung.

Sowohl die Bundessatzung als auch unserer eigener Fraktionsvertrag bestimmen, dass dem nicht so ist. Die *Fraktion* entscheidet über Inhalte und Ausschussmitglieder, die beratende – nicht entscheidende - Funktion des OV beachtend.

#### § 4 Die Fraktion

1. Die Versammlung der Fraktionsmitglieder bestimmt die Grundlinien der Politik der Fraktion auf der Grundlage des Kommunalwahlprogramms der Partei DIE LINKE in Trier für die Kommunalwahlen 2009 und entscheidet über alle anstehenden Einzelfragen. Der OV hat hierzu beratenden Status.

2. Wählt den die unter § 3 genannten Organe, bestimmt/schlägt vor die auf die Fraktion entfallenden Mitglieder der Ausschüssen und die Vorsitzenden für die Ausschüsse, die der Fraktion zuarbeiten. Entsprechendes gilt auch für die di zu bestellenden Mitglieder anderer Gremien, Aufsichtsräte usw.

Die Aufgaben des Ortsverbandes in der politischen Willensbildung werden auf der Homepage der Bundeslinken in Bezug auf die Fraktion wie folgt aufgelistet:

... Beratungen mit der / den parlamentarischen Vertreter/innen vor Ort ...  
Vorschläge an die Fraktionen ...

Alle Vorwürfe, ich kooperierte nicht mit dem OV in Fragen, sind also schon an dieser Stelle obsolet, weil diese Entscheidungen bereits durch den Fraktionsvertrag geregelt sind und ihn nicht erstrangig beschäftigen müssen (z.B. die Entscheidung über die Besetzung von Ausschüssen). Sie erwachsen einem falschen Verständnis der Aufgaben von OV und Fraktion. Doch die Widersprüche in der Argumentation seien im Folgenden am Text des Ausschlussantrags dennoch einzeln aufgezeigt.

Siehe Beleg 2.1.1  
Fraktionsvertrag und  
Geschäftsordnung vom  
4.9.2010, vor allem §4

Aufgaben von Kreis-  
und Ortsverbänden  
Siehe unten Beleg 4.2.1

#### IV. Schlichtungen

Der KV hat immer wieder Schlichtungsversuche initiiert. Es wurden Mitgliedertreffen mit dem Punkt Aussprache organisiert. Es wurde Elke Theisinger-Hinkel aus dem Landesvorstand hinzu gebeten, um zu schlichten. Selbst Ulrich Maurer vom Parteivorstand sagte Dr. Johannes Verbeek kurzfristig einen Vermittlungsgespräch ab, obwohl Ulrich Maurer eigens aus Berlin nach Ludwigshafen angereist war. Diese Termine sind entweder von Dr. Johannes Verbeek nicht wahrgenommen wurden oder er nahm sie nur wahr, um seinen Willen durchzusetzen. So kommentierte er den Brief von Ulrich Maurer nur lapidar und zeigte, dass er sich nur an seine eigenen Maßgaben hält. Folgende Zitat belegt die Praxis Dr. Johannes Verbeeks, dass Schlichtungen nur nach seinen Bedingungen zu laufen haben (ANLAGE 9):

Der Versuch eine Kompromisslösung wurde vom KV stets angestrebt, Dr. Johannes Verbeek hat sich dieser jedoch ständig und öffentlichkeitswirksam widersagt. Dies geschah stets unter Schädigung der Partei.

***Die Aussagen in Zeile 1-2 sind falsch: es habe viele Schlichtungsversuche gegeben.***

Die verfügbaren Protokolle der KV-Sitzungen im Betrachtungszeitraum seit Januar 2010 sind nicht einsehbar und deshalb ist diese Aussage nicht durch Dokumente belegt, es könnten auch bloße Behauptungen sein.

***Die Behauptungen in den Zeilen 1-10 entbehren vor dem Hintergrund des soeben Dargestellten jeglicher Grundlage. Sie sind zunehmend polemisierend.***

Mein Beitrag zur Konfliktbewältigung braucht keine weitere Wiederholung. Zunehmend wird der Ton im Schreiben der Antragssteller/innen zunehmend unsachlicher. Es entsteht beim Lesen zunehmend der Eindruck als schrieben sich die Antragsteller/innen in eine fiktive Problemsicht ein.

Siehe alle Belege oben